Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

und

agah
Landesausländerbeirat

Presseerklärung

Projekte und Ehrenamt

kein Ersatz für nachhaltige Integrationsarbeit

Liga und Landesausländerbeirat zum Tag der Migranten für qualifizierte Migrationssozialarbeit

Frankfurt am Main/Wiesbaden, 14.12.2007. Für eine nachholende Integrationspolitik für Zuwanderer, die schon länger in Deutschland leben, aber noch immer benachteiligt sind, und für eine qualifizierte Sozialarbeit mit Migranten haben sich die Liga der Wohlfahrtsverbände in Hessen und der hessische Landesausländerbeirat ausgesprochen. Im Vorfeld des Internationalen Tages der Migranten am Dienstag, den 18. Dezember, kritisierten der Vorsitzende des Liga-Arbeitskreises Armut, Gefährdung und Integration, Pfarrer Dr. Wolfgang Gern, und der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Yilmaz Memisoglu, dass das Land Hessen 2004 alle Zuschüsse für eine professionelle Migrationssozialarbeit ersatzlos gestrichen habe und sich seitdem auf die Förderung kurzfristiger Projekte und ehrenamtlicher Integrationslotsen konzentriere.

In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Titel „Integration braucht Profession“ machen die Liga-Verbände und der Landesausländerbeirat darauf aufmerksam, dass in Hessen nur noch die so genannte Migrationserstberatung für Neuzuwanderer durch den Bund gefördert wird. „Die wichtigste Säule der Integration, die nachholende Integrationsarbeit, wird in Hessen ausgehöhlt,“ kritisierte Wolfgang Gern, der auch Vorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau ist. Zugewanderte Menschen, die schon länger in Hessen lebten und Beratung suchten, stünden immer öfter vor verschlossenen Türen. „Mit ehrenamtlichen Strukturen ist diese Lücke nicht zu schließen“ betonte Memisoglu, zumal die Zahl der so genannten Bestandsausländer die der Neuzuwanderer um ein Vielfaches übersteige.

In den Jahren 2005 und 2006 hat Hessen etwa 50.000 Neuzuwanderer gehabt. Im selben Zeitraum lebten etwa 700.000 Ausländer in Hessen, zuzüglich der bereits eingebürgerten Personen.

Die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat begrüßen in ihrem Papier grundsätzlich den integrationspolitischen Perspektivenwechsel in den letzten Jahren. Die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Verwaltungen und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Integrationsarbeit seien dringend notwendig. Allerdings stellten sie keinen Ersatz für professionelle Migrationssozialarbeit dar. Vielmehr bräuchten sowohl die Zuwanderer als auch Behörden und Einrichtungen Hilfen zur besseren Integration, so Gern. Ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe müssten aktiviert und gerade in der interkulturellen Arbeit nach dem Beispiel anderer Bundesländer qualifiziert werden, fügte Memisoglu hinzu.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Friedrichstraße 24
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de
www.liga-hessen.de

agah Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - Landesausländerbeirat

Fon: 0611/ 98 99 5-0

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Gern und Memisoglu bekräftigten die Forderung, Integrationsmaßnahmen auch für Flüchtlinge ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus zu öffnen und Flüchtlingsberatungsstellen zu unterstützen. Diese Personen würden oft über Jahre hinweg von Sprachkursen, Qualifizierungsmaßnahmen und vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt systematisch ferngehalten.

Stichwort: Liga

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Ziel der Liga Hessen ist unter anderem, auf Landesebene die gemeinsamen Belange und Interessen der Freien Wohlfahrtspflege zu bündeln und zu wahren. Dabei nimmt Sie Einfluss auf die Landespolitik und die Gesetzgebung, um die entsprechenden Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit der Mitgliedsverbände, deren Einrichtungen und Diensten zu sichern und tritt anwaltschaftlich für betroffene und benachteiligte Menschen ein.

Der Liga Hessen gehören die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Deutsche Rote Kreuz und der Landesverband der jüdischen Gemeinde Hessen an.

Die Wohlfahrtsverbände engagieren sich seit Jahrzehnten in der Integrationsarbeit, durch Fachdienste für Migration und Integration, Flüchtlingsberatungsstellen und zahlreiche Projekte. Anders als in anderen Bundesländern wird die Integrationsarbeit der Verbände in Hessen allerdings nicht durch das Land gefördert.

Stichwort: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)/ Landesausländerbeirat

Die agah ist der Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte in Hessen (auch: Landesausländerbeirat). Die Ausländerbeiräte wiederum sind die Interessenvertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in ihrer Kommune oder ihrem Landkreis und werden alle fünf Jahre direkt von der ausländischen Bevölkerung gewählt. Rechtsgrundlage dafür ist die Hessische Gemeindeordnung (HGO) bzw. die Hessische Landkreisordnung (LKO), die die Ausländerbeiräte als Pflicht- bzw. freiwillige Organe der Kommunen/Kreise vorsieht. Bisher haben sich fast 100 Ausländerbeiräte in ganz Hessen der agah angeschlossen.

Die agah vertritt gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit die besonderen Belange der Menschen mit Migrationshintergrund und arbeitet mit anderen Interessengruppen zusammen. Zielsetzung ist, mit Initiativen, Stellungnahmen und Eingaben die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Migranten in Hessen zu verbessern, Integration zu fördern und Diskriminierungen und Rassismus entgegenzuwirken.

Die gemeinsame Erklärung der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und des Landesausländerbeirats mit dem Titel „Integration braucht Profession“ ist abrufbar unter
www.diakonie-hessen-nassau.de/DWHN/presse/aktuell.html#Integration

und www.agah-hessen.de

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Friedrichstraße 24
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de
www.liga-hessen.de

agah Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - Landesausländerbeirat

Fon: 0611/ 98 99 5-0

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Integration braucht Profession

Wohlfahrtsverbände und Landesausländerbeirat fordern Hessische Landesregierung auf, professionelle Migrationssozialarbeit zu unterstützen

In den vergangenen Jahren hat sich – nicht ohne Widerstände – die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass die Integration einer ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger und zugleich ungleicher gewordenen Gesellschaft eine zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe darstellt. Es war der Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung" („Süßmuth-Kommission") aus dem Jahr 2001, der die damit verbundenen Herausforderungen für die Bildungs- und Ausbildungs-, die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik zum ersten Mal systematisch beschrieben und ein „zeitgemäßes und zukunftsfähiges Gesamtkonzept für geregelte Zuwanderung und Integration" gefordert hat. Auch wenn sie immer wieder von althergebrachten Politiken der Abwehr (das jüngste Beispiel sind die aktuellen Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes) konterkariert wird, ist eine migrations- und integrationspolitische Wende unverkennbar. Das zeigen – als öffentlichkeitswirksame Initiativen – auch die beiden Integrationsgipfel der Bundesregierung und der „Nationale Integrationsplan". In Bund, Ländern und Kommunen scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe ist, die das Ziel einer möglichst gleichberechtigten Partizipation von Migrantinnen und Migranten an allen gesellschaftlichen Teilbereichen tatkräftig verfolgen muss.

Die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat begrüßen diesen integrationspolitischen Perspektivenwechsel, zu dem sie jahrzehntelang aufgerufen haben. Es ist gut, dass Integrationsaufgaben nicht mehr allein der Sozialen Arbeit der Wohlfahrtsverbände überantwortet bleiben, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgaben begriffen werden, die eine interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Einrichtungen genauso nach sich ziehen müssen, wie eine qualifizierte Sprachförderung, eine bessere Vernetzung von Maßnahmen und Akteuren vor Ort und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Eine Fehlentwicklung wäre es allerdings, wenn diese dringend notwendigen Integrationsstrategien und –maßnahmen als Alternative zu einer migrationsspezifischen Sozialarbeit begriffen würden.

Genau diese Fehlentwicklung konstatieren die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat angesichts der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Die Förderung von Deutschkursen und ehrenamtlichen Integrationslotsen allein reichen für eine nachhaltige Integrationspolitik jedenfalls nicht aus. Die ersatzlose Streichung aller finanziellen Zuschüsse für Migrationsberatungsstellen in Hessen, die die Landesregierung 2004 vollzogen hat, war und ist integrationspolitisch ausgesprochen schädlich. Ihre Auswirkungen sind vielleicht noch nicht auf den Gipfeln, sehr wohl aber in den Mühen der Ebene deutlich spürbar:

1. Durch die radikalen Kürzungen der Landesregierung gibt es – abgesehen von wenigen Stellen, die die Wohlfahrtsverbände aus Eigenmitteln finanzieren – in Hessen nur noch vom Bund geförderte Migrations**erst**beratungsstellen. Diese sind allerdings bis auf wenige Ausnahmen für Neuzuwanderer in den ersten drei Jahren vorgesehen. Damit stehen die sogenannten „Bestandsausländer", also bereits länger hier lebende Migrantinnen und Migranten, deren Zahl die Neuzuwanderer um ein Vielfaches übersteigt, buchstäblich vor der Tür. Migrationserstberatungsstellen dürfen sie in der Re-

gel nicht beraten, andere Soziale Dienste können es nicht, weil diese Klienten oft mit migrationsspezifischen Fragen und Anliegen – wie z.B. statusbedingten rechtlichen und sozialrechtlichen Fragen oder Fragen nach dem Umgang mit Diskriminierungen – vorstellig werden, die zu beantworten selbst interkulturell offene andere Soziale Dienste nicht in der Lage sind. Damit ist ein großes Loch ins Netz sozialer Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund gerissen, und zwar gerade da, wo Integrationsarbeit besonders wichtig wäre. Der Migrationsforscher Klaus Bade wiederholt seit Jahrzehnten unermüdlich, dass eine nachholende Integrationspolitik, die vor allem länger hier lebende Migrantinnen und Migranten ins Zentrum stellt, „die wichtigste Säule der Integrationspolitik in Deutschland“ ist. Auch der Nationale Integrationsplan konstatiert einen „erheblichen nachholenden Integrationsbedarf“ und bewertet ihn als „Aufgabe von nationaler Bedeutung“. In der hessischen Praxis gerät gerade diese wichtigste Säule der Integrationspolitik ins Wanken.

2. Was in Hessen als Alternative zu professioneller Sozialer Arbeit empfohlen wird – die interkulturelle Öffnung von Diensten und Verwaltungen, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und die Vernetzung von Angeboten und Akteuren vor Ort – ist bis jetzt, von rühmenswerten Ausnahmen abgesehen, weitgehend Gegenstand von Aufforderungen und Absichtserklärungen, weniger der Praxis. Eine Alternative zu professioneller Sozialer Arbeit ist das gewiss nicht. Vielmehr wird erst umgekehrt ein Schuh daraus, der in die Spuren einer zukunftsfähigen Integrationspolitik passt: Interkulturelle Öffnungsprozesse vollziehen sich nicht von selbst. Sie müssen von qualifizierten Stellen angestoßen und fachlich begleitet werden. Ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe – das wissen Wohlfahrtsverbände aus eigener Erfahrung wohl am besten – brauchen hauptamtliche Unterstützung und Begleitung. Menschen müssen nicht nur gerufen, sondern motiviert, aktiviert und gerade in der interkulturellen Arbeit qualifiziert werden. Und für eine systematische Angebotsplanung und die Vernetzung im Sozialraum reichen nicht gemeinsam herausgegebene Flyer. Dazu braucht es Netzwerker, die interkulturell qualifiziert sind und Methoden des Projekt- und Konfliktmanagements sowie der Mediation beherrschen. Netze brauchen haltbare und nachhaltige Knoten, wenn sie nicht schon morgen wieder auseinanderfallen sollen.

3. Schließlich brauchen die Menschen eine qualifizierte Migrationssozialarbeit, die bis heute integrationspolitisch keine Rolle spielen (sollen): Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus. Die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat fordern seit Jahren, Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge zu öffnen und Flüchtlingsberatungsstellen zu unterstützen. Welcher Fehler es war, das über Jahrzehnte nicht getan zu haben, offenbart sich heute bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung, von der über Parteigrenzen hinweg immer wieder betont wird, dass sie ein Erfolg werden muss. Wenn sie es nicht wird, und einiges spricht leider dafür, dann liegt das nicht zuletzt daran, dass man die Betroffenen über Jahre hinweg sozial marginalisiert und von Sprachkursen, Qualifizierungsmaßnahmen, dem Ausbildungs- und dem Arbeitsmarkt systematisch ferngehalten hat.

Um Integrationskonzepte in Land und Kommunen praktisch umzusetzen, braucht es mehr als Absichtserklärungen, ehrenamtliches Engagement und immer neue befristete und kurzatmige Projekte. Eine nachholende und nachhaltige Integrationspolitik benötigt tragfähige

und kontinuierliche Strukturen. Dazu gehört auch eine professionelle moderne Migrationssozialarbeit. Richtig: Das kostet was. Aber: Desintegration kommt Migrantinnen und Migranten und die gesamte Einwanderungsgesellschaft allemal teurer zu stehen. Das sollten wir alle aus den letzten, integrationspolitisch verlorenen Jahrzehnten gelernt haben.

Darum fordern der Landesausländerbeirat und die Wohlfahrtsverbände die zukünftige Hessische Landesregierung auf, die professionelle Migrationssozialarbeit als effektiven Beitrag zur Integration zu unterstützen, ihre Kompetenzen und Erfahrungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Integrationspolitik zu nutzen und mit den Wohlfahrtsverbänden in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie eine zukünftige landesgeförderte Migrationssozialarbeit in Hessen konkret aussehen soll.

Liga Hessen, Landesausländerbeirat Hessen

Frankfurt/Wiesbaden, 14. Dezember 2007